

HINTERGRUND

Die Heidelberger Bürgerstiftung kann einige aktuelle Projekte vorweisen. Ein Überblick:

> **Insel:** Größtes Projekt ist die „Insel“, ein Begegnungsort für Familien in Trennungssituationen, dessen Finanzierung durch den Mäzen Gerhard Kammerer ermöglicht wurde. Im Januar 2024 kann schon das fünfjährige Bestehen gefeiert werden.

> **Bücherregale:** Den von der Stiftung errichteten, allgemein geschätzten öffentlichen Bücherregalen gilt weiter besondere Aufmerksamkeit der Stadtbevölkerung.

> **Gedenkveranstaltungen:** Zum Gedenken an die Bücherverbrennung vor 90 Jahren verlegte die Bürgerstiftung eine Gedenkplakette und veranstaltete ein Podiumsgespräch und eine Marathonlesung aus verbrannten Büchern.

> **Sonstiges:** Die Bürgerstiftung fördert auch Projekte anderer Institutionen, beispielsweise Workshops des Collegium Academicum, das vor kurzem seinen Neubau in Rohrbach einweihen konnte. Sie unterstützt auch die Gewaltambulanz am Universitätsklinikum Heidelberg. os



Der CDU-Politiker Volker Hassemer (l.) aus Berlin forderte auf dem Jahresempfang der Bürgerstiftung mehr Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation. Unser Bild zeigt ihn mit Switgard Feuerstein und Volker Stich. Foto: Udo Lahm

Mehr Beteiligung zur Rettung der Demokratie

Berliner Ex-Senator Volker Hassemer für stärkere Beteiligung der Menschen an politischen Entscheidungen – Bürgerstiftung lud ein

Von Fritz Quoos

Die Bürgerstiftung Heidelberg begleitet das Thema Bürgerbeteiligung seit ihrer Gründung und hat die städtischen Leitlinien dafür mit auf den Weg gebracht. Auf deren Jahresempfang hat jetzt ein namhafter Vorkämpfer auf diesem Gebiet, der Berliner Ex-Senator Volker Hassemer, die Politik noch stärker in die Pflicht genommen. Auf der Veranstaltung in der Südstadt-Chapel hielt er als Gast ein leidenschaftliches Plädoyer für die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Bereiche in politische Entscheidungen, für die die Politik geeignete Instrumente finden müsse.

Hassemer war von 1981 bis 1983 und von 1991 bis 1996 Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz und von 1983 bis 1989 Senator für Kulturelle Angelegenheiten in Berlin. Von 2006 bis 2021 wirkte er als Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin, mit der er diverse Projekte entwickelte. Dabei legte er einen Schwerpunkt auf Gruppen, die oft

wenig Gehör finden, und brachte sie mit politischen Entscheidungsträgern zusammen. Doch aus solchen Ansätzen muss nach seinem Urteil bundesweit viel mehr werden.

„Wir brauchen eine lebendige Demokratie, und die Einbeziehung der Bürger in die Entscheidungsvorbereitung gehört dazu“, betonte die erste Vorsitzende der Bürgerstiftung, Switgard Feuerstein, bei der Begrüßung. Und der Gast aus Berlin setzte einen ganzen Forderungskatalog obendrauf. Bürgerbeteiligung ist für Volker Hassemer ein notwendiger Dienst der Bürger am Gelingen der demokratischen Ordnung, eine Idee im Interesse des Staates. Die nach 1945 etablierte demokratische Ordnung aber sieht er heute massiv infrage gestellt, weil neben Parlamenten und Regierungen die dritte Ebene, die der Bürgerinnen und Bürger, vernachlässigt und mehr oder weniger auf Wahlbefugnisse reduziert werde.

Zulauf zu Protestparteien?

In seiner kritischen Bilanz sieht Volker Hassemer heute verärgerte Bürger, die sich in ihren Kompetenzen unterschätzt fühlten, doch die Politik habe nichts unternommen, um dieses Potenzial auszuschöpfen. Der Ärger äußert sich aus seiner Sicht im Zulauf zu „Unzufriedenheitsparteien“ sowie in Protest- und Zornesaktionen gegen demokratische Entscheidungen und heutzutage wieder zunehmend gegen das gesamte System der demokratischen Verfasstheit.

Nach dem Urteil Hassemers sind die Bürger reifer geworden – im Umgang mit der Demokratie wie in ihrer inhaltlichen Kompetenz, sie wollen entschiedener als früher erreichen, was sie für richtig und wichtig halten, und finden dafür keine ordentlichen Wege. „Stattdessen“, so das bestürzende Fazit des Referenten, „wachsen ihre Ablehnung und Auflehnung, denn über diese Instrumente verfügen sie selbst“. Gleichzeitig beobachtet Hassemer aber auch ein

gewachsenes Interesse von Bürgern, ihre Fähigkeiten in demokratische Entscheidungsprozesse zu investieren, doch gebe es dazu keine soliden, allenfalls zufällige Wege.

Angesichts der zunehmenden Schiefelage der gesellschaftlichen Zustimmung braucht die Demokratie nach dem Urteil des Referenten dringend und endlich eine geordnete, anerkannte und funktionierende Systematik bürgerschaftlicher Mitwirkung und Mitverantwortung. Wie sich die Bürgerschaft aktiv positionieren kann, zeigte der Berliner anhand von Beispielen in der Bundeshauptstadt, die wegen des damit verbundenen Aufwands bei den Heidelberger Zuhörern jedoch auf wenig Gegenliebe stießen. In der vom zweiten Vorsitzenden der Bürgerstiftung, Volker Stich, moderierten lebhaften Diskussion wurde am Wert mitgestaltender Bürgerbeteiligung nicht gerüttelt, doch zieht man hier statt einer höheren Ebene eher begrenzte lokale Projekte vor wie zuletzt beim Masterplan für das Neuenheimer Feld.